

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
Stadtvertretung**

06.10.2025

**Niederschrift**

**über die 9. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 02.10.2025**

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Unterbrechung: 16:57 Uhr bis 17:10 Uhr  
17:49 Uhr bis 17:53 Uhr  
18:46 Uhr bis 19:01 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Thomas Gesswein CDUplus

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Jens Kreuzer BSW/BfN

Gremiumsmitglied

Ratsherr Jörg Albrecht	SPD-Grüne + ZG
Ratsfrau Mandy Arndt	AfD
Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Jörg Borchert	CDUplus
Ratsherr Björn Bromberger	CDUplus
Ratsherr Steffen Bülow	CDUplus
Ratsherr Prof. Dr. Michael Ernst	Projekt NB
Ratsfrau Vanessa Freund	SPD-Grüne + ZG
Ratsherr Steven Giermann	CDUplus
Ratsherr Tim Großmüller	fraktionslos
Ratsherr Harry Hahne	BSW/BfN
Ratsherr Holger Hanson	Projekt NB
Ratsherr Olaf Jammrath	BSW/BfN
Ratsherr Toni Jaschinski	fraktionslos
Ratsfrau Anett Kreuzer	BSW/BfN
Ratsherr Dr. Roman Kubetschek	Projekt NB
Ratsherr Jan Kuhnert	BSW/BfN
Ratsfrau Caterina Muth	fraktionslos
Ratsfrau Gritta Neumann	CDUplus
Ratsherr Maik Ohlenforst	AfD
Ratsfrau Ina Paulitschke	SPD-Grüne + ZG
Ratsherr Kay Reinders	CDUplus
Ratsfrau Antje Rohde	BSW/BfN
Ratsherr Olaf Schanz	AfD

Ratsherr Robert Schnell	AfD
Ratsfrau Yvette Schöler	CDUplus
Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke	BSW/BfN
Ratsherr Michael Stieber	SPD-Grüne + ZG
Ratsfrau Sigrid Strelow	AfD
Ratsherr Raphael Wittek	CDUplus

**Abwesend:**

Ratsherr D'Aniello	CDUplus
Ratsherr Fanselow	AfD
Ratsherr Fink	AfD
Ratsherr Herrmann	Projekt NB
Ratsherr Dr. Kirchhefer	SPD-Grüne + ZG
Ratsherr Kracht	AfD
Ratsherr Mieth	SPD-Grüne + ZG
Ratsherr Prof. Dr. Oppermann	SPD-Grüne + ZG
Ratsherr Schröder, Thomas	BSW/BfN
Ratsfrau Weber	AfD

Stadtverwaltung

Herr Klose	Oberbürgermeister
Frau Piotrowski	2. Stellv. des Oberbürgermeisters
Frau Rathsack	ABLin Recht und Vergaben
Herr Schwabe	Leiter EBIM
Herr Bachmann	Beauftragter Beteiligungsmanagement
Herr Grömke	Referent OB/Leiter PMÖ
Frau Brecht	ABLin Stadtplanung
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Frau Kunze	ABLin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Frau Kriegler	ABLin Wirtschaft, Stadtentwicklung, Wohnen
Herr Ramp	ABL Schule, Sport, Generationen
Frau Kapler	Leiterin Büro der Stadtvertretung
Frau Hänsch	Büro der Stadtvertretung
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1 Eröffnung und Begrüßung**

Stadtpräsident **Gesswein** eröffnet die 9. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Frau **Krüger** hat drei Anliegen zum Reitbahnsee: Der Weg um den See sei noch immer steinig, obwohl eine Sanierung für den Herbst angekündigt war. Auf einigen Bänken würden die Holz Sitzflächen fehlen. Zudem ist die Schaukel am Spielplatz „Oase“ seit Monaten kaputt und wurde im Gegensatz zu anderen Orten noch nicht ersetzt – obwohl sie auch für Jugendliche und Erwachsene attraktiv ist. Abschließend fragt sie nach der Zukunft des derzeit abgerissenen Bahnhofsgebäudes.

Stadtpräsident **Gesswein** sagt die schriftliche Beantwortung zu.

### **TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Stadtpräsident **Gesswein** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 23.09.2025). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; aktuell sind 32 von 43 Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 8. Sitzung der Stadtvertretung am 17.07.2025**

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Niederschrift abstimmen. Diese wird bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt.

### **TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0067**

Ratsherr **Dr. Kubetschek** bezieht sich auf Punkt 2.5.9 Recht und Vergaben. Er bittet um Auskünfte zur Summe von rund 506.454 EURO, welche für Dienst- und Lieferleistungen für Dienst- und Lieferleistungen nach der Unterschwellenvergabeordnung in andere Bundesländer aufgeführt worden sei. Die Anfrage erhält die Nummer **ANV/VIII/0099**.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### **TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

Stadtpräsident **Gesswein** zeigt gemäß § 4 Abs.1 Geschäftsordnung Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg Umbesetzungen in den Gremien an. Diese sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Oberbürgermeister **Klose** informiert gemäß § 71 Abs. 4 Kommunalverfassung. Die Gesellschafter der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT) beabsichtigen, einen Mitarbeiter der neu.sw, Herrn Lars Gronow, mit Wirkung zum 01.01.2026 zum Prokuristen der Gesellschaft zu bestellen. Herr Gronow wird die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Geschäftsführer vertreten. Durch die Bestellung soll die ordnungsgemäße Vertretung der FNT nach dem Vier-Augen-Prinzip sichergestellt werden. Herr Gronow leitet die Innenrevision der neu.sw und nimmt bereits jetzt die Vertretung für den Betriebsleiter der FNT, Herrn Jan Erik Karwacik, wahr.

Er informiert weiterhin darüber, dass beabsichtigt sei, eine kommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Penzlin einzugehen. Die Stadt Penzlin habe sich mit dem Wunsch nach dieser Zusammenarbeit an die Stadt Neubrandenburg gewandt. Man arbeite bereits mehrere Jahre auf dem Gebiet des Standesamtes erfolgreich zusammen. Die Zusammenarbeit könne nun auf das Gebiet der Finanzen ausgeweitet werden. Es gehe insbesondere um Aufgaben wie die Festsetzung kommunaler Steuern, Kassengeschäfte, Haushaltsdurchführung inklusive der Buchungen von Eingangs- und Ausgangsrechnungen, Haushaltsplanung und Jahresabschlusserstellung. Die Stadt Penzlin möchte mit diesem Vorgehen die Erfüllung der genannten pflichtigen Aufgaben absichern. Dies sei aktuell nach eigenem Ermessen nicht möglich und die Stadt Neubrandenburg verspreche sich dadurch Synergieeffekte, die letztlich eine Effizienzsteigerung beziehungsweise auch eine bessere Vertretbarkeit von Aufgaben nach sich ziehen würden. Die Zusammenarbeit soll für die Stadt Neubrandenburg kostenneutral erfolgen. Die entstehenden Kosten würden durch die Stadt Penzlin erstattet; die Machbarkeit und die Bedingungen einer Zusammenarbeit würden derzeit untersucht. Am 25.09.2025 habe dazu eine Abstimmung mit der Stadt Penzlin stattgefunden. Im Rahmen der Sitzungen des Hauptausschusses werde über den weiteren Werdegang informiert.

Ratsherr **Borchert** bezieht sich auf den Beschluss STV 41/10/2024 aus der Sitzung der Stadtvertretung vom 16.05.2024 (BV/VII/0789), der Installation von Defibrillatoren in Schulen städtischer Trägerschaft. Dazu hat er folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung?
2. Welche Maßnahmen sind geplant?
3. Wie wird damit umgegangen, wenn zeitnah keine Geräte beschafft werden können?
4. Wie sieht es mit dem Sicherheitskonzept in den städtischen Schulen aus?

Die Anfrage erhält die Nummer **ANV/VIII/0100**.

Ratsherr **Großmüller** fragt zu folgenden Themen:

1. Bestreifung der HKB-Treppe durch das Ordnungsamt  
Seines Erachtens wurde diese eingeschränkt. Wird an einer Lösung gearbeitet, wie es dort weitergeht?
2. Veröffentlichung der Telefonnummer des Ordnungsamtes im Internet  
Kann die Erreichbarkeit des Ordnungsamtes erweitert werden?
3. Ruhestörungen durch Jugendliche in der Innenstadt  
Kann ein Raum für die Jugendlichen geschaffen werden, damit diese einen Rückzugsort haben?

Die Anfrage erhält die Nummer **ANV/VIII/0101**.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** fragt zum Sachstand der Speicherung der Aufzeichnungen der Sitzungen der Stadtvertretung um die Sitzungen im Nachhinein verfolgen können.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANV/VIII/0102**.

## **TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Stadtpräsident Gesswein schlägt vor, **TOP 8 und 9** sowie **TOP 19 und 20** in verbundener Aussprache zu behandeln.

Er bittet um Nachtrag folgender Änderungsblätter und Änderungsanträge:

BV/VIII/0200 (TOP 11)	Änderungsantrag Nr. 1 Projekt NB Fraktion
BV/VIII/0175 (TOP 12)	<del>Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion SPD/Grüne</del> <b>ZURÜCKGEZOGEN</b> Änderungsantrag Nr. 2 (Fraktion BSW/BfN)
BV/VIII/0177 (TOP 19)	1 Änderungsblatt

BV/VIII/0178 (TOP 20)	1 Änderungsblatt
BV VIII/0205 (TOP 23)	1 Änderungsblatt
BV VIII/0208 (TOP 26)	1 Änderungsblatt
	Änderungsantrag Nr. 1 (CDUplus-Fraktion)
BV/VIII/0185 (TOP 29)	Änderungsantrag Nr. 1 Projekt NB Fraktion

Namentliche Abstimmung wird beantragt  
 durch die Fraktion BSW/BfN für BV/VIII/0208 (TOP 26)  
 durch die Fraktion Projekt NB beantragt für: BV/VIII/0200 (TOP 11) und alle  
 Änderungsanträge  
 BV/VIII/0213 (falls sie auf die TO kommt)  
 BV/VIII/0185 (TOP 29)  
 BV/VIII/0184

Mitwirkungsverbot wird festgestellt für:

**TOP 32 BV/VIII/0193** Ratsherrn Fink, Ratsherrn Kreuzer, Ratsherrn Kuhnert, Ratsherrn Mieth, Ratsfrau Muth, Ratsherrn Schnell, Ratsherrn Schwanke, Ratsherrn Stieber

**TOP 35 BV/VIII/0197** Ratsherrn Gesswein, Ratsfrau Rohde, Ratsherrn Albrecht, Ratsherrn Bromberger, Ratsherrn Fanselow, Ratsherrn Hahne, Ratsfrau Schöler, Ratsfrau Strelow

Rederecht wird beantragt für:

Melanie Jendro, GF der VZN GmbH, für	BV/VIII/0200
Ingo Meyer, GF Neubrandenburger Stadtwerke, für	BV/VIII/0213 (falls auf TO)
Ingo Meyer, Reinhold Hüls für	BV/VIII/0192
Frank Benischke, GF NEUWOGES für	BV/VIII/0190; BV/VIII/0185; INF/VIII/0059

Die Fraktion Projekt NB beantragt die Erweiterung der Tagesordnung. Die Vorlage BV/VIII/0213 wurde verspätet eingereicht und zur Kenntnis der Stadtvertretung im Ratsinfosystem unter TOP 7 eingepflegt.

Stadtpräsident **Gesswein** bittet die Fraktion Projekt NB, dafür die besondere Dringlichkeit zu begründen und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Zunächst wünscht sich Ratsherr **Hanson** eine verbesserte Information über neue Dokumente im Gremieninformationssystem. Im weiteren Verlauf stellt er die Dringlichkeit und wirtschaftliche Relevanz des Themas „Zukunft des Linienbusverkehrs ab dem 01.01.2027“ in Verbindung mit einer möglichen Aufnahme des Tagesordnungspunktes BV/VIII/0213 dar. Ausgangspunkt war die Kritik, dass die Angelegenheit als nichtöffentlich eingestuft wurde, obwohl vergleichbare Beschlussvorlagen und Beratungen, etwa im Finanzausschuss im Oktober 2024, öffentlich behandelt wurden. Insbesondere bemängelt er, dass die von Herrn Witt, Oberbürgermeister a. D., zugesagte, zeitnahe Information der Stadtvertretung über den Stand der Verhandlungen mit dem Landkreis unterblieben sei.

Ratsherr **Hanson** macht deutlich, dass es sich bei der Angelegenheit um ein konkretes wirtschaftliches Risiko handele. Sollte der bestehende Vertrag mit dem Landkreis tatsächlich nicht verlängert werden, stünde das bisherige Geschäftsmodell der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe (NVB) vor dem Aus. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Haushaltsplanung ab 2026, da bereits bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bilanzielle Rückstellungen notwendig werden könnten. Auch wenn die vertragliche Leistungserbringung erst ab 2027 betroffen sei, müsse sich die Stadt jetzt mit den finanziellen Folgen auseinandersetzen, insbesondere, da die Haushalts- und Wirtschaftsplanung der Beteiligungsgesellschaften bereits im Gange ist.

Gegenstimmen wie die von Ratsherrn **Bülow** und Ratsherrn **Schröder** hinterfragten die zeitliche Dringlichkeit. Sie argumentierten, dass der Vertragsauslauf seit Jahren bekannt sei, konkrete Entscheidungen jedoch noch ausstünden. Zudem verwiesen sie auf eine anstehende Informationsveranstaltung des Landkreises am 09.10.2025, bei der weitere Details zur zukünftigen Organisation des öffentlichen Nahverkehrs vorgestellt werden sollen. Auf eine Bitte von Ratsherrn **Giermann** stellt Frau **Rathsack** auch rechtlich klar, dass eine Dringlichkeit im Sinne der Kommunalverfassung nur dann vorliege, wenn durch eine spätere Behandlung ein konkreter Schaden für die Stadt zu erwarten sei. Dies sei aktuell nicht gegeben.

Ratsherr **Schnell** bezeichnete die Debatte als überzogen und sprach von Panikmache. Aus seiner Sicht gehe es in der aktuellen Situation lediglich um Fragen der Kostenverteilung zwischen Stadt und Landkreis, nicht um die Abschaffung des Nahverkehrs oder die Auflösung ganzer Geschäftsbereiche.

Abschließend stellte Ratsherr **Hanson** klar, dass es ihm nicht um Dramatisierung, sondern um frühzeitige und sachliche Klärung gehe. Die aktuellen Informationen des Oberbürgermeisters ließen erkennen, dass die Fortführung des bisherigen Modells ernsthaft gefährdet sei. Daher sei es geboten, dass sich die Stadtvertretung und insbesondere der Finanzausschuss zeitnah mit den wirtschaftlichen Konsequenzen befasse, um Planungssicherheit zu schaffen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Stadtpräsident **Gesswein** stellt die Öffentlichkeit wieder her und lässt über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Der Antrag wird bei drei Dafürstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

### **Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden in verbundener Aussprache behandelt

<b>TOP 8</b>	<b>Doppischer Haushaltsplan 2026</b>
	<b>Band 1</b> <b>Haushaltssatzung und Anlagen</b>
	<b>Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt</b>
	<b>Band 2</b> <b>Stellenplan</b>
	<b>Band 3</b> <b>Wirtschaftliche Unternehmen</b>
	<b>Vorlage: BV/VIII/0203</b>

Oberbürgermeister **Klose** stellt den Entwurf des Haushaltplanes 2026 anhand einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Ratsherr **Kuhnert** erfragt mögliche Auswirkungen des Zensus.

Frau **Piotrowski** antwortet, dass das Land die Verteilung der Mittel nach dem Zensus und nicht nach den Daten des Einwohnermeldeamts vornehmen werde. Dies bedeute für die Stadt Neubrandenburg eine überproportionale Belastung, da überproportional viele Einwohner nicht mehr in der amtlichen Statistik erfasst worden seien.

Ratsherr **Hanson** zeigt sich erfreut über die heute vorgelegten klaren Zahlen und die offene Darstellung durch den Oberbürgermeister. Er betont das ernsthafte finanzielle Problem der Stadt, das nicht länger ignoriert werden könne. Insbesondere verweist er auf die mögliche Lücke durch ausbleibende Gewinnausschüttungen der Stadtwerke. Die Fraktion werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten, betont aber, dass eine intensive Auseinandersetzung in den kommenden Ausschusssitzungen erfolgen werde.

Ratsherr **Kreutzer** thematisiert eine beabsichtigte Gewinnabführung der Stadtwerke. Darauf sei in der Vergangenheit zugunsten der Wärmeplanung und den damit zusammenhängenden Aufgaben verzichtet worden.

Frau **Piotrowski** erläutert, dass die Gewinnausschüttung in der Planung wegen der Unterdeckung enthalten sei und man die Entwicklung im Laufe der Haushaltsberatung beobachten wolle.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** fragt, ob dies auch auf die Gewinnvorhersage der NEUWOGES zutreffe. Frau **Piotrowski** bejaht.

Die Vorlage wird in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 9 Doppischer Haushaltsplan 2026  
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen  
Vorlage: BV/VIII/0204**

Die Vorlage wird in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 10 Fortführung und Betrauung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle  
gmbH (SJZ) mit Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit im Zeitraum  
2026 bis 2030  
Vorlage: BV/VIII/0190**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei drei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

**Beschlussnummer:** **STV 9/10/2025**

**TOP 11 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Veranstaltungszentrum  
Neubrandenburg GmbH (VZN); hier: Erweiterung des Gegenstandes und  
Bildung eines Aufsichtsrates  
Vorlage: BV/VIII/0200 – 2 Änderungsblätter**

Stadtpräsident **Gesswein** weist darauf hin, dass ihm keine einvernehmliche Besetzung vorliege.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** unterstreicht die Wichtigkeit des Stadtmarketings, welches zentral in der VZN verankert werden solle. Durch eine Änderung des Zählverfahrens im letzten Jahr sei die Fraktion Projekt NB, die sich zum größten Teil aus Unternehmern, Freiberuflern, Ärzten, privaten Sportleuten, etc. zusammensetze, aufgrund ihrer Größe von jeglichem Mitspracherecht ausgeschlossen. Die unternehmerische Perspektive fehle; ein sachlicher Grund sei dafür nicht zu erkennen. Daher wirbt er für die Zustimmung zum Änderungsantrag. Ratsfrau **Muth** führt aus, dass bei Infoveranstaltungen besprochen worden sei, jede Fraktion einzubeziehen und wirbt für eine aktive Beteiligung aller Fraktionen.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Projekt NB abstimmen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

**Abstimmungsergebnis:** Änderungsantrag Nr. 1 wurde bei 15 Dafürstimmen, 17 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.  
Das Ergebnis liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

Stadtpräsident **Gesswein** gibt bekannt, dass sich die Sitzverteilung im zukünftigen Aufsichtsrat des VZN wie folgt liest:

- zwei Sitze für die CDUplus-Fraktion,
- ein Sitz für die BSW/BfN-Fraktion,
- ein Sitz für die SPD-Grüne-Fraktion und
- ein Sitz für die AfD-Fraktion.

Er bittet die Fraktionen, bis zum 10.10.2025 um 12 Uhr ihre Mitglieder zu benennen.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei 27 Dafürstimmen, vier Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.  
Das Ergebnis liegt der Niederschrift als Anlage 4 bei.

**Beschlusnummer:** **STV 9/11/2025**

**TOP 12 Grundsätze für Geldanlagen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
(Anlagerichtlinie)  
Vorlage: BV/VIII/0175**

Stadtpräsident **Gesswein** informiert, dass Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion SPD-Grüne zurückgezogen wurde. Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion BSW/BfN bleibt bestehen.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über Änderungsantrag Nr. 2 abstimmen. Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei einer Stimmenthaltung einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/12/2025**

**TOP 13 Annahme einer Sachzuwendung von der Bürgerstiftung Neubrandenburg -  
Sachzuwendung für die farbliche Gestaltung der Betonstützwand am  
Waldweg, unterhalb Belvedere im Brodaer Holz  
Vorlage: BV/VIII/0173**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/13/2025**

**TOP 14 Annahme einer Spende vom Freundeskreis der Kunstsammlung  
Neubrandenburg e. V. - Sachzuwendung in Form mehrerer Gemälde,  
Grafiken / Arbeiten auf Papier von verschiedenen Künstlern, für den  
Bestand der Kunstsammlung  
Vorlage: BV/VIII/0174**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei einer Stimmenthaltung einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/14/2025**

**TOP 15 Annahme einer Spende der Sparkassenstiftung über die  
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. - Landesverband Mecklenburg-  
Vorpommern - Geldzuwendung für die Pflanzung und Pflege von ca. 1.000  
Bäumen sowie Zaunkosten in der Gemarkung Weitin  
Vorlage: BV/VIII/0202**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/15/2025**

**TOP 16    Bebauungsplan Nr. 132 "Bootsschuppen am Oberbach", 1. Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: BV/VIII/0170**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.  
**Beschlusnummer:**        **STV 9/16/2025**

**TOP 17    Sanierungsgebiet "Altstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg  
Verlängerung der Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung "Altstadt"  
Vorlage: BV/VIII/0176**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.  
**Beschlusnummer:**        **STV 9/17/2025**

**TOP 18    Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit  
(EVTZ) durch die Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V.  
Vorlage: BV/VIII/0201**

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.  
**Beschlusnummer:**        **STV 9/18/2025**

Die Tagesordnungspunkte 19 und 20 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 19    2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Neubrandenburg über die  
Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 06.09.18  
Vorlage: BV/VIII/0177 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Bromberger** erfragt, ob es weiterhin vorgesehen sei, dass Käufer oder Verkäufer sich bei der Verwaltung melden müssen, oder ob die Daten, die der Verwaltung vorliegen würden, nochmals erhoben werden sollen. Gegebenenfalls würde die Fraktion sich vorbehalten, einen dementsprechenden Änderungsantrag einzubringen.

Herr **Schwabe** erläutert, dass es zum einen um die technische Machbarkeit, der Zusammenführung der Daten aus verschiedenen Systemen, und zum anderen um die Beachtung des Datenschutzes ginge. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck sei zu prüfen. Über das Ergebnis werde im Betriebsausschuss informiert.

Ratsherr **Großmüller** macht auf einen Vergleich mit der Stadt Schwerin aufmerksam und kritisiert, dass die Reinigungsgebühren in Neubrandenburg bis zu 50 % höher seien als in vergleichbaren Kommunen. Selbst nach einer geplanten Reduzierung im Jahr 2026 würden sie immer noch bei ca. 20 – 25 % darüber liegen. Er fordert, die Arbeit anderer Städte als Vergleichsmaßstab zu nehmen, um die Bürger künftig finanziell zu entlasten. Gleichzeitig beklagt er, dass seine wiederholten Wortmeldungen in Ausschüssen bisher wenig Wirkung gezeigt hätten, da er selbst kein stimmberechtigtes Mitglied sei, die Einflussmöglichkeiten seien damit stark begrenzt.

Ratsherr **Jaschinski** erinnert an frühere Beratungen zur Reinigungssatzung, bei denen eine Überarbeitung in Aussicht gestellt worden sei – insbesondere im Hinblick auf Ungerechtigkeiten bei Grundstücken, die nicht direkt an der Straße liegen, aber dennoch voll für die Straßenreinigung aufkommen müssten. Er fordert, dass dieses Thema bei der nächsten Satzungsprüfung erneut behandelt und für mehr Gerechtigkeit gesorgt wird.

Ratsherr **Kreutzer** widerspricht der Darstellung von Ratsherrn **Großmüller**, er dürfe nicht an Ausschüssen teilnehmen. Er stellt klar, dass Stadtvertreter grundsätzlich alle Ausschüsse besuchen dürften, in seinem Finanzausschuss werde ihm sogar Rederecht eingeräumt.

Darauf entgegnet Ratsherr **Großmüller**, dass er durchaus teilnehme, aber seine Beiträge in den Ausschüssen regelmäßig ignoriert würden. Eine formale Teilnahme ohne Einflussmöglichkeit sei aus seiner Sicht wenig sinnvoll.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** bringt ein weiteres Beispiel für seines Erachtens Ungerechtigkeiten in der Gebührenberechnung ein: In der westlichen Demminer Straße seien mehrere Grundstücke betroffen, die zur Brauereistraße gehören und von dort erschlossen werden. Deren rückwärtige Grundstücke grenzen jedoch an die Demminer Straße, getrennt durch einen Erdwall von bis zu zwei Metern Höhe. Diese Eigentümer würden dennoch für die Reinigung der Demminer Straße herangezogen. Obwohl dies formalrechtlich korrekt sei, bestehe großer Unmut. Er regt an, die Situation vor Ort zu besichtigen, um eine bessere Entscheidungsgrundlage für künftige Satzungsanpassungen zu schaffen.

Die Vorlage wird in die Beratungsfolge verwiesen.

Stadtpräsident **Gesswein** räumt eine Pause ein.

**TOP 20 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Stadt Neubrandenburg (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 06.09.18**  
**Vorlage: BV/VIII/0178 – 1 Änderungsblatt**

Die Vorlage wird in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 21 Online-Abstimmung zur Errichtung neuer Spielgeräte/-plätze als Outdoor-Anlagen**  
**Vorlage: BV/VIII/0194**

Ratsherr **Reinders** bringt die Vorlage ein und kündigt ein Änderungsblatt Nr. 1 zur Einreichung im Büro der Stadtvertretung an. Er wirbt um Unterstützung.

Ratsherr **Heiko Schröder** fragt Ratsherrn Reinders nach der Beteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger bzw. von nicht technikaffinen Personen an dieser Online-Befragung. Deren Votum könne nicht miterfasst werden.

Ratsfrau **Muth** unterstützt die Aussage von Ratsherrn **Schröder**, dass es für diese Personen schwierig sei, teilzunehmen. Sie vertraue aber auf die Unterstützung der Verwaltung, auch analoge Möglichkeiten der Teilnahme zu prüfen.

Stadtpräsident **Gesswein** fasst die Ergänzungen von Ratsherrn **Reinders** zusammen: Die Online-Abfrage soll im Zeitraum 01.01.2026 bis 31.01.2026 erfolgen. Die Umfrage soll um ein Feld erweitert werden, ob überhaupt weitere Plätze gewünscht werden und um ein zweites Feld, welche Aktivitäten, über die vorgeschlagenen hinaus, gewünscht werden.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage sowie die Ergänzungen abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/21/2025**

**TOP 22 Pilotprojekt zur Nutzung kommunaler Sportstätten für Kinder- und Jugendfreizeitsport außerhalb vertraglicher Nutzungen**  
**Vorlage: BV/VIII/0198**

Ratsherr **Borchert** bringt die Vorlage ein. Er bittet Oberbürgermeister **Klose** hier um Zuarbeit unter besonderer Berücksichtigung von sieben Aspekten.

1. Sicherheitsaspekt - Wie wird sichergestellt, dass die Sportstättennutzung bei den Kindern und Jugendlichen außerhalb der vertraglichen Zeiten sicher sind? Wie wird die Aufsicht der Nutzung gewährleistet?
2. Vandalismus/Missbrauch – Welche Strategien gibt es, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen nicht beschädigt werden? Wie wird die Stadt mit möglichen Schäden umgehen, falls sie doch entstehen?

3. Kosten/Finanzierung – Wer trägt die zusätzlichen Kosten für die Nutzung der Sportstätten und in welcher Höhe entstehen sie überhaupt, wenn ich den Sportplatz mal zwei Stunden länger aufmache?
4. Rechtlicher Aspekt – Gibt es rechtliche Hinweise, die die Umsetzung des Projekts aus städtischer Sicht behindern könnten? Welche Verträge müssten neu angepasst, neu ausgestattet werden, um die Nutzung zu ermöglichen, und wie wird die Einhaltung der Sicherheits- und Nutzungsrichtlinien gewährleistet?
5. Organisatorische Herausforderungen – Wie erfolgt die Koordination zur Nutzung der Sportstätten mit Gruppen und Vereinen? Welche organisatorischen Strukturen sind notwendig, um das Projekt effektiv zu machen, aber natürlich auch nicht die Sportstätten zu überlasten?
6. Bedarf und Akzeptanz – Für welche Sportstätten und -anlagen gibt es wirklich ausreichendes Interesse für Kinder und Jugendliche, die in der Freizeit also ein bisschen mehr zu nutzen? Welche Rückmeldungen gibt es, das wird sicherlich in dem Pilotprojekt erfahren werden, um die Nutzung nachzuvollziehen?
7. Langfristige Perspektive – Wie wollen wir den Erfolg des Projekts messen, evaluiere, sodass wir Stadtvertreter am Ende sagen können: „Ja, macht jetzt Sinn, dass wir uns damit noch weiter beschäftigen und öffnen.“, oder: „Es hat nichts gebracht.“

Ratsherr **Hanson** bittet Herrn **Schwabe** um Ausführungen zu den Folgekosten und zusätzlichen Belastungen, die durch diese Vorlage entstehen.

Herr **Schwabe** antwortet, dass konkrete Zahlen nicht genannt werden können, diese seien objektabhängig. Wenn Objekte wie bisher verschlossen seien, entstünden durch den beauftragten Schließ- und Sicherheitsdienst Mehrkosten. Die Erfahrungen aus Neustrelitz würden zeigen, dass es einer täglichen Reinigung bedarf. Diese Mehrkosten würden auch in Neubrandenburg entstehen.

Ratsherr **Giermann** spricht sich für die Vorlage aus und regt Gespräche mit den Verantwortlichen vor Ort, der Abteilung Sport, mit der AG Jugend und den Jugendlichen selbst an.

Ratsherr **Großmüller** und Ratsherr **Dr. Kubetschek** sprechen sich im Hinblick auf die kommende Haushaltslage gegen die Vorlage aus.

Ratsherr **Bromberger** spricht sich für die Vorlage aus. Eine Prüfauftrag verursache keine zusätzlichen Kosten für die Verwaltung. Er bittet dafür um Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei vier Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/22/2025**

**TOP 23 Erhöhung von Komfort und Sicherheit an städtischen Strandbädern durch Installation von Wertschließfächern  
Vorlage: BV/VIII/0205 – 1 Änderungsblatt**

Ratsfrau **Paulitschke** bringt die Vorlage ein.

Ratsherr **Stieber** erläutert das Änderungsblatt. Die betreffe den Beschlusspunkt 3. Dort solle ergänzt werden: „... Installation **und** **Wartung** ...“. Das entsprechende Änderungsblatt werde nachgereicht.

Ratsherr **Großmüller** spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Ratsherr **Heiko Schröder** spricht sich ebenfalls gegen die Vorlage aus. Diese Ausgaben seien aktuell nicht leistbar und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen sei, laut Auskunft aus den Ausschüssen, ebenfalls nicht zu verzeichnen. Er hinterfragt ebenfalls die Anzahl der Schließfächer. Er regt an, die Vorlage zu überdenken.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Vorlage aus.

Ratsherr **Bromberger** beantragt eine zweiminütige Auszeit nach dem Ende der Debatte und vor der Abstimmung.

Stadtpräsident **Gesswein** räumt diese Auszeit ein.

Stadtpräsident **Gesswein** verliest den geänderten Beschlusspunkt 3. Dieser lautet neu: „Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Installation und Wartung von Wertschließfächern Fördermittel beantragt oder Sponsoren gewonnen werden können.“ und lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/23/2025**

**TOP 24 Einrichtung selbstverwalteter Jugendtreffs in Neubrandenburg – Konzeptentwicklung, Räumlichkeitsprüfung und Haushaltsplan-Einbringung  
Vorlage: BV/VIII/0206 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Kreutzer** bringt die Vorlage ein und bittet um Zustimmung.

Ratsfrau **Muth** betont, dass grundsätzlich große Einigkeit über die Notwendigkeit solcher Angebote bestehe. Weiterhin sei der jahrelange Abbau von Jugendclubs und -einrichtungen in der Stadt eine Fehlentwicklung gewesen. Der vorliegende Antrag sei daher inhaltlich unterstützenswert, auch wenn er nicht konsequent das Konzept selbstverwalteter Jugendclubs verfolge. Der Begriff „selbstverwaltet“ werde im Antrag ihrer Meinung nach fälschlich verwendet; es handele sich eher um begleitete oder betreute Einrichtungen. Echte Selbstverwaltung bedeute, dass junge Menschen selbstständig Räume gestalten, organisieren und verantworten, ohne pädagogische Leitung oder städtische Betreuung. Dennoch werde sie dem Antrag zustimmen, da solche Einrichtungen dringend gebraucht würden. Gleichzeitig erinnert sie, dass neben neuen Strukturen auch die langfristige Finanzierung von Jugendsozialarbeit gesichert werden müsse, insbesondere im Hinblick auf das Auslaufen der ESF-Fördermittel im Jahr 2029.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** äußert grundsätzliche Zustimmung zur Schaffung neuer Jugendangebote, kritisiert jedoch die Ausgestaltung des Antrags. Aus seiner Sicht brauche es mehr als Räume, notwendig seien feste Bezugspersonen, insbesondere Sozialarbeiter und auch Psychologen, die regelmäßig vor Ort sind und die Jugendlichen aktiv begleiten. Er spricht sich für ein erweitertes Konzept aus, das auch Kooperationen mit Unternehmen vorsieht, etwa zur Förderung von Ausbildungsperspektiven. Gleichzeitig lehnt er eine Wiederholung oder Ausweitung von Modellen wie dem AJZ ab, das aus seiner Sicht nicht den gewünschten pädagogischen Rahmen bietet. Er kündigt an, einer solchen Variante nicht zuzustimmen.

Ratsherr **Kuhnert** betont, dass es um ein niederschwelliges Angebot für Jugendliche gehe. Jugendlichen solle die Möglichkeit gegeben werden, Verantwortung zu übernehmen und selbst etwas zu gestalten. Aus diesem Grund wirbt er dafür, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Ratsherr **Giermann** lehnt die Vorlage ab, da knappe Ressourcen dafür eingesetzt werden sollten, bestehende Angebote zu stärken und gemeinsam mit den Trägern an einem Ausbau sowie einer Qualitätssteigerung zu arbeiten. Zudem wird angeregt, dass die Vertreter im Jugendhilfeausschuss sich stärker für die Interessen der Stadt einsetzen sollten.

Ratsfrau **Schöler** kritisiert, dass die AG Kinder und Jugend bei dem Antrag nicht einbezogen werde, obwohl genau dafür dieses Gremium gegründet worden sei. Die Idee des Antrags verstehe Sie grundsätzlich, jedoch werde der vorgeschlagene Weg abgelehnt. Stattdessen empfiehlt Sie, den Antrag zu überarbeiten und die AG Kinder- und Jugendbeteiligung im Vorfeld ausdrücklich einzubeziehen. Ratsfrau Schöler spricht sich für den Beschlusspunkt 1 der Vorlage aus.

Ratsherr **Großmüller** spricht sich für die Vorlage aus.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird mit mehrheitlich angenommen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/24/2025**

**TOP 25 Schaffung von Schatten- & Sitzplätzen auf dem Marktplatz**  
**Vorlage: BV/VIII/0207**

Ratsherr **Kuhnert** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht sich für die Vorlage aus und dankt für die ausführliche Beschlussvorarbeit.

Ratsherr **Großmüller** spricht sich für die Vorlage aus.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

**Beschlusnummer:** **STV 9/25/2025**

Ratsherr **Hanson** beantragt nach TOP 26 und vor dem nichtöffentlichen Teil eine 15-minütige Pause.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über den Antrag abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**TOP 26 Friedensfahne**  
**Vorlage: BV/VIII/0208 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Dr. Kubetschek** und Ratsherr **Kuhnert** bringen die Vorlage ein und werben um Zustimmung. Änderungsantrag Nr. 1 wird abgelehnt

Ratsfrau **Muth** und Ratsherr **Großmüller** sprechen sich für die Vorlage aus. Ratsherr Großmüller lehnt Änderungsantrag Nr. 1 ebenfalls ab.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über Änderungsantrag Nr. 1 abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

**Abstimmungsergebnis:** Die Vorlage wird bei 24 Dafürstimmen und neun Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.  
Das Ergebnis liegt der Niederschrift als Anlage 5 bei.

**Beschlusnummer:** **STV 9/26/2025**

Stadtpräsident **Gesswein** räumt eine 15-minütige Pause ein.

Stadtpräsident **Gesswein** stellt die Nichtöffentlichkeit her. Es sind 31 Mitglieder der Stadtvertretung anwesend.

gez.  
Thomas Gesswein  
Stadtpräsident

gez.  
Heike Witt  
Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.